



universität
wien

Exposé

zum Dissertationsvorhaben mit dem Arbeitstitel

„Die aufenthaltsrechtlichen Implikationen des Assoziationsrechtes mit der Türkei“

verfasst von

Mag.^a Lisa Holl, LL.M.
(0700271)

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Rechtswissenschaften (Dr.ⁱⁿ iur.)

Wien, Jänner 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt

UA 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt

Rechtswissenschaften (Europarecht)

Betreut von:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christian M. Piska

Präsentiert im:

030241 SE aus öffentlichem Recht

Inhaltsverzeichnis

1. Thematische Einführung	1
2. Forschungsfrage und Zielsetzung.....	7
3. Forschungsstand	8
4. Vorgehensweise	9
5. Vorläufiger Zeitplan	10
6. Vorläufige Gliederung	11
7. Vorläufiges Literaturverzeichnis.....	12

1. Thematische Einführung

Türkische Staatsangehörige stellen die größte Personengruppe unter den Drittstaatsangehörigen dar, die in Österreich über einen Aufenthaltstitel verfügen. Mit einem Anteil von 10,82 % waren türkische Staatsangehörige (abgesehen von Briten aufgrund des Brexit) auch auf Platz eins unter jenen Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2021 erstmals einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels stellten.¹ Die Rechtsstellung türkischer Staatsangehörige, die nach Österreich legal zuziehen und sich grundsätzlich länger als sechs Monate im Bundesgebiet aufhalten wollen, wird innerstaatlich durch das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG)² geregelt, worin auch einige Richtlinien der EU umgesetzt wurden.³

Hinzu tritt das **Assoziationsabkommen**, das zwischen der EWG und der Türkei am 12.9.1963 geschlossen wurde und nach jenem mit Griechenland das zweite seiner Art damals war.⁴ Es stellt einen völkerrechtlichen Vertrag (gemischtes Abkommen) dar, der vom EuGH als „integrierender Bestandteil der Gemeinschaftsrechtsordnung“ (nun Unionsrechtsordnung) gewertet wurde.⁵ Am Ende sollte der Beitritt der Türkei zur EWG (nun EU) stehen.

Dieser wurde bis dato – trotz begonnener Verhandlungen im Oktober 2005 – nicht vollzogen, sodass dem Assoziationsabkommen und den in den darauffolgenden Jahren abgeschlossenen Rechtsakten weiterhin besondere Bedeutung zukommt. Am 23.11.1970 wurde das **Zusatzprotokoll (ZP)**⁶ unterzeichnet sowie drei Beschlüsse durch den Assoziationsrat beschlossen, wobei hier insbesondere der **Beschluss 1/80 (ARB 1/80)** vom 19.9.1980 relevant ist.⁷ Im Jahr 1995 wurde eine Zollunion zwischen der Türkei und der EG (nun EU) eingerichtet.

¹ Niederlassungs- und Aufenthaltsstatistik des Bundesministeriums für Inneres für das Jahr 2021, https://bmi.gv.at/312/statistiken/files/nag_jahr/Niederlassungs-_und_Aufenthaltsstatistik_Jahresstatistik_2021.pdf (6, 52), (abgefragt am 20.1.2023).

² Bundesgesetz über die Niederlassung und den Aufenthalt in Österreich (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz – NAG), BGBl I 100/2005 idF BGBl I 221/2022.

³ Ua Familienzusammenführungsrichtlinie 2003/86/EG AB L 2003/251, 12; Daueraufenthalt-EU-Richtlinie 2003/109/EG AB L 2004/16, 44; Unionsbürgerrichtlinie 2004/38/EG AB L 2004/158, 77; Forscher-Studentenrichtlinie 2016/801/EU AB L 2016/132, 21; Blaue-Karte-EU-Richtlinie 2021/1883/EU AB L 2021/382, 1.

⁴ Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei, AB L 1964/217, 3687.

⁵ EuGH 30.9.1987, C-12/86, *Demirel* Rz 7; *Akyürek*, Das Assoziationsabkommen EWG – Türkei (2005) 4.

⁶ Zusatzprotokoll, AB L 1972/293, 0004.

⁷ Beschluss 1/80 des Assoziationsrates vom 19.9.1980 über die Entwicklung der Assoziation, im Amtsblatt der EU nicht veröffentlicht worden, abrufbar in Deutsch unter <https://www.migrationsrecht.net/arb-1/80-nur-deutsche-fassung.html?catid=120> (abgefragt am 20.1.2023). Die weiteren Beschlüsse sind 2/76 und 3/80.

Die für das Aufenthaltsrecht maßgeblichen Bestimmungen in den genannten Rechtsquellen mit der Türkei sind die Stillhalteklauseln nach **Art 41 ZP** (Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit) bzw nach **Art 13 ARB 1/80** (türkische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörige) sowie **Art 6 ARB 1/80** (türkische Arbeitnehmer) und **Art 7 ARB 1/80** (Familienangehörige und Kinder), sodass in der Dissertation der Fokus auf diese Bestimmungen gelegt werden wird. Alle vier genannten Bestimmungen wurden vom EuGH als hinreichend bestimmt und unmittelbar anwendbar erklärt,⁸ sodass sie auch Anwendungsvorrang gegenüber sekundärem Unionsrecht genießen (aber nicht gegenüber primärem Unionsrecht).⁹

Die Stillhalteklauseln bewirken, dass Mitgliedstaaten keine „neuen Beschränkungen“ für die Ausübung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit (selbstständige Tätigkeit) sowie für den Zugang zum Arbeitsmarkt (unselbstständige Tätigkeit) erlassen dürfen. Art 41 ZP und Art 13 ARB 1/80 haben zwar dieselbe Funktion, jedoch jeweils ihren eigenen, genau bestimmten Bereich, sodass sie nicht zusammen angewandt werden können.¹⁰ Auch wenn der EuGH stets betonte, dass die Stillhalteklauseln selbst kein Aufenthaltsrecht vermitteln,¹¹ so zielen sie auf die materiell- und/oder verfahrensrechtlichen Bestimmungen für die (erstmalige) Aufnahme türkischer Staatsangehöriger in einem Mitgliedstaat ab, die von ihrer Freiheit Gebrauch machen wollen.¹² Für Österreich bedeutet das, dass mit dem Beitritt zur EU (ab 1.1.1995) stets die günstige Rechtslage zu ermitteln und anzuwenden ist.

Art 6 ARB 1/80 regelt die Rechte von türkischen Arbeitnehmern, die bereits in einem Mitgliedstaat ordnungsgemäß beschäftigt sind. Dabei ist ein dreistufiger Integrationsprozess vorgesehen, der nach einem, nach drei und nach vier Jahren ordnungsgemäßer Beschäftigung dem türkischen Staatsangehörigen schrittweise nacheinander mehr Rechte – bis zum unbeschränkten Arbeitsmarktzugang – einräumt. Diese Rechte implizieren zwangsläufig auch ein Aufenthaltsrecht im jeweiligen Mitgliedstaat.¹³

⁸ bzgl Art 41 ZP: EuGH 11.5.2000, C-37/98, *Savas*; bzgl Art 13 ARB 1/80 und Art 6 ARB 1/80: EuGH 20.9.1990, C-192/89, *Sevince*; bzgl Art 7 ARB 1/80: EuGH 17.4.1997, C-351/95, *Kadiman* und EuGH 5.10.1994, C-355/93, *Eroglu*.

⁹ *Schmalenbach* in *Calliess/Ruffert*, EUV/AEUV⁶ (2022) Art 216 AEUV Rz 50-51.

¹⁰ EuGH 21.10.2003, C-317/01, C-369/01, *Abatay und Sahin*; EuGH 15.11.2011, C-256/11, *Dereci*. Art 41 ZP verlangt anders als Art 13 ARB 1/80 keine Ordnungsmäßigkeit des Aufenthalts und der Beschäftigung im Inland, siehe dazu EuGH 21.7.2011, C-186/10, *Oguz*.

¹¹ EuGH 12.4.2016, C-561/14, *Genc*.

¹² EuGH 29.4.2010, C-92/07, *Kommission/Niederlande*.

¹³ EuGH 20.9.1990, C-192/89, *Sevince*; EuGH 19.11.2002, C-188/00, *Kurz*; EuGH 10.1.2006, C-230/03, *Sedef*.

Art 7 ARB 1/80 ist *lex specialis* zu Art 6 ARB 1/80¹⁴ und auf Familienangehörige (Satz 1) bzw Kinder (Satz 2) von türkischen Arbeitnehmern anwendbar. Für Familienangehörige ist ein zweistufiger Integrationsprozess vorgesehen, der nach drei und nach fünf Jahren ordnungsgemäßem Wohnsitz im Mitgliedstaat dem Familienangehörigen schrittweise mehr Rechte – bis zum unbeschränkten Arbeitsmarktzugang – einräumt. Kinder fallen zwar grundsätzlich auch unter Satz 1,¹⁵ sie können jedoch nach Abschluss einer Berufsausbildung im Mitgliedstaat sofort unbeschränkten Arbeitsmarktzugang erlangen, wenn der türkische Elternteil drei Jahre ordnungsgemäß im Mitgliedstaat beschäftigt war. Diesen Familienangehörigen bzw Kindern kommt ebenfalls nach Erfüllung der Voraussetzungen zwangsläufig ein Aufenthaltsrecht im jeweiligen Mitgliedstaat zu.¹⁶

Die Art 12 bis Art 14 des Assoziationsabkommens nehmen Bezug auf die Grundfreiheiten, sodass diese Grundsätze so weit wie möglich auf die türkischen Staatsangehörigen übertragen werden sollen.¹⁷ Der EuGH legte in der Vergangenheit die Stillhaltekláuseln als auch Art 6 ARB 1/80 und Art 7 ARB 1/80 sehr weit aus, wobei er bei seiner Auslegung überwiegend Bezug auf bekannte unionsrechtliche Konzepte bzw Termini (wie „Arbeiter“,¹⁸ „Familienangehöriger“¹⁹ und „öffentliche Ordnung“²⁰) nahm und diese analog auf türkische Staatsangehörige übertrug, die sonst auf Unionsbürger anwendbar sind.²¹

Damit fungierte der EuGH als maßgeblicher Motor der Integration zwischen der EU und der Türkei, dort wo die Politik im Rahmen des Beitrittsprozederes stockte.²² Türkische Staatsangehörige genießen daher deutlich mehr Rechte als andere Drittstaatsangehörige und nehmen eine besondere Stellung zwischen den sonstigen Drittstaatsangehörigen und Unionsbürgern ein.

In zwei politisch besonders sensiblen Bereichen orientierte sich der EuGH jedoch in der Auslegung des Assoziationsrechtes nicht an den Bestimmungen für Unionsbürger. In der

¹⁴ EuGH 7.7.2005, C-373/03, *Aydinli*.

¹⁵ EuGH 19.11.1998, C-210/97, *Akman*; vgl VwGH 20.5.1998, 96/09/0297; VwGH 27.10.1999, 97/09/0012.

¹⁶ EuGH 17.4.1997, C-351/95, *Kadiman*; EuGH 5.10.1994, C-355/93, *Eroglu*.

¹⁷ EuGH 11.2.2000, C-340/97, *Nazli* Rz 55; EuGH 21.10.2003, C-317/01, C-369/01, *Abatay und Sahin* Rz 112.

¹⁸ EuGH 4.2.2010, C-14/09, *Genc*.

¹⁹ EuGH 30.9.2004, C-275/02, *Ayaz*.

²⁰ EuGH 11.2.2000, C-340/97, *Nazli*.

²¹ *Hailbronner*, The Standstill Clauses in the EU-Turkey Association Agreement and Their Impact upon Immigration Law in the EU Member States, in *Thym/Zoeteweyj-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 186.

²² *Wiesbrock*, Political Reluctance and Judicial Activism in the Area of Free Movement of Persons: The Court as the Motor of EU-Turkey Relations? *ELJ* 2013, 422.

Rechtssache *Ziebell* entschied der EuGH, dass die Ausweisungsbestimmung der Richtlinie 2004/38/EG (Unionsbürgerrichtlinie) nicht auf Art 14 Abs 1 ARB 1/80 (Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit) entsprechend angewandt werden könne, um die Bedeutung und die Tragweite von Art 14 Abs 1 ARB 1/80 zu bestimmen. Begründet wurde dies im Wesentlichen mit der unterschiedlichen Zielsetzung, wonach das Assoziationsrecht mit der Türkei einen ausschließlich wirtschaftlichen Zweck verfolge und nicht mit der Freizügigkeit von Unionsbürgern bzw dem Binnenmarkt vergleichbar sei. Der EuGH verwies aufgrund des langjährigen Aufenthaltes des Betroffenen auf die Maßgeblichkeit der Richtlinie 2003/109/EG (Daueraufenthalt-EU-Richtlinie).²³

In *Demirkan* erklärte der EuGH, dass von Art 41 ZP die passive Dienstleistungsfreiheit nicht umfasst sei und verwies dabei erneut auf den ausschließlich wirtschaftlichen Zweck des Assoziationsrechtes.²⁴ Dies hatte zur Folge, dass die Visaregelungen für touristische Zwecke in der Union unberührt blieben.²⁵

Weiters führte der EuGH Ende 2013 im Rahmen der Stillhalteklauseln – in Anlehnung an die Grundfreiheiten und als Ausgleich zur sehr weiten Auslegung einer „neuen Beschränkung“ – die Prüfung eines Rechtfertigungsgrundes samt Verhältnismäßigkeitsprüfung ein. Damit können Beschränkungen nun nicht mehr nur aus Gründen des **Art 14 ARB 1/80** gerechtfertigt sein, sondern der EuGH erklärte auch **Gründe des Allgemeininteresses** wie „Verhinderung der rechtswidrigen Einreise und des rechtswidrigen Aufenthalts“,²⁶ „erfolgreiche Integration“,²⁷ „effektive Einwanderungskontrolle und Steuerung der Migrationsströme“,²⁸ „Bekämpfung von Zwangsverheiratungen und die Förderung von Integration“²⁹ sowie „Verhütung und Bekämpfung von Identitäts- und Dokumentenbetrug“³⁰ als hierfür geeignet. In einem zweiten Schritt dürfen diese Gründe aber nicht über das zur Erreichung des bezweckten Zieles Erforderliche hinausgehen. So wurde beispielsweise in einem deutschen Fall das Erfordernis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache vor dem erstmaligen Zuzug

²³ EuGH 8.12.2011, C-371/08, *Ziebell; Hamenstädt*, The Protection of Turkish Citizens Against Expulsion – This Far and No Further? The Impact of the *Ziebell* Case, GLJ 2013, 239.

²⁴ EuGH 24.9.2013, C-221/11, *Demirkan*.

²⁵ In Österreich besteht seit 17.4.1990 ohnehin eine allgemeine Visumspflicht für türkische Staatsangehörige. vgl *Topal-Gökceli/Candan*, Verreisen ohne Visum? – Zur Visumspflicht für türkische Staatsangehörige, ZfRV 2019, 4; siehe auch Guidelines on the Movement of Turkish Nationals crossing the external borders of EU Member States in order to provide services within the EU, KOM (2009) 7376 endg (Annex 6).

²⁶ EuGH 7.11.2013, C-225/12, *Demir*.

²⁷ EuGH 12.4.2016, C-561/14, *Genc*; EuGH 10.7.2019, C-89/18, *A*; EuGH 2.9.2021, C-379/20, *B*; EuGH 22.12.2022, C-279/21, *X*.

²⁸ EuGH 29.3.2017, C-652/15, *Tekdemir*; EuGH 7.8.2018, C-123/17, *Yön*.

²⁹ EuGH 10.7.2014, C-138/13, *Dogan*.

³⁰ EuGH 3.10.2019, C-70/18, *A, B und P*.

(vergleichbar mit „Deutsch vor Zuzug“ gemäß § 21a Abs 1 NAG) als unverhältnismäßig angesehen, wenn der fehlende Nachweis automatisch zur Ablehnung des Antrages führt, ohne dass besondere Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden.³¹

Eine weitere Schranke kann **Art 59 ZP** darstellen, wonach türkische Staatsangehörige keine günstigere Behandlung genießen dürfen als Unionsbürger. So wurde eine völlige Gebührenbefreiung für Aufenthaltstitel von türkischen Staatsangehörigen als mit Art 59 ZP unvereinbar beurteilt, zumal Unionsbürger Gebühren für die Ausstellung ihrer Dokumente zu entrichten haben. Im Lichte der Stillhalteklauseln dürfen türkischen Staatsangehörigen hingegen keine Pflichten auferlegt werden, die im Vergleich zu denen von Unionsbürgern unverhältnismäßig seien.³²

Die aufenthaltsrechtlichen Implikationen für das NAG im Zusammenhang mit türkischen Staatsangehörigen sind enorm, zumal aufgrund der unmittelbaren Anwendbarkeit der Stillhalteklauseln und der Artt 6 und 7 ARB 1/80 das NAG oft verdrängt wird.

Dies zeigt sich am eindrucklichsten im Rahmen des Familiennachzuges, wenn beispielsweise ein türkischer Staatsangehöriger mit Erwerbsabsicht zu seinem österreichischen Familienangehörigen zuziehen will. Bei Anwendbarkeit der Stillhalteklausele kommt der erweiterte Angehörigenbegriff iSd § 47 Abs 3 FrG 1997³³ zum Tragen (statt § 2 Abs 1 Z 9 NAG, außer bzgl eingetragene Partner).³⁴ Zudem kann der türkische Staatsangehörige seinen Erstantrag im Inland stellen bzw das Verfahren hier abwarten³⁵ und es wird bei den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen lediglich geprüft, ob er keine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit darstellt.³⁶ Nicht zu prüfen ist, ob er über eine ortübliche Unterkunft, einen Krankenversicherungsschutz, ausreichend Lebensunterhalt verfügt³⁷ und einen Nachweis über einfache Deutschkenntnisse („Deutsch vor Zuzug“) vorweisen kann.³⁸

³¹ EuGH 10.7.2014, C-138/13, *Dogan* Rz 38.

³² EuGH 17.9.2009, C-242/06, *Sahin*; EuGH 29.4.2010, C-92/07, *Kommission/Niederlande*.

³³ Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997 - FrG), BGBl I 75/1997 – wurde durch das NAG mit 1.1.2006 aufgehoben.

³⁴ VwGH 23.5.2012, 2011/22/0216; VwGH 31.5.2017, Ra 2016/22/0089; VwGH 23.3.2021, Ro 2019/22/0007, wonach türkischen Kindern über 21 Jahren eine „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“ zukommt; VwGH 9.9.2021, Ra 2020/22/0100 (bzgl eingetragene Partner).

³⁵ VwGH 13.12.2011, 2008/22/0180; VwGH 31.5.2017, Ra 2016/22/0089; § 1 Abs 2 Z 1 NAG ist auch nicht anwendbar, VwGH 19.1.2012, 2008/22/0837.

³⁶ VwGH 26.6.2014, Ro 2014/21/0024; VwGH 23.11.2017, Ra 2016/22/0099.

³⁷ VwGH 15.12.2011, 2007/18/0430; VwGH 19.1.2012, 2011/22/0313.

³⁸ VwGH 25.4.2019, Ra 2018/22/0289.

Selbst beim Zuzug eines türkischen Staatsangehörigen zu einem anderen türkischen Staatsangehörigen/Drittstaatsangehörigen oder beim Zuzug eines anderen Drittstaatsangehörigen zu einem türkischen Erwerbstätigen³⁹ nach Österreich gilt bei Anwendbarkeit der Stillhalteklausele das NAG in der aktuellen Fassung nicht vollumfänglich. Es gilt kein Ehegattenmindestalter von 21 Jahren iSd § 2 Abs 1 Z 9 NAG und Kinder sind mitunter noch mit über 18 Jahren minderjährig.⁴⁰ Auch bei der Berechnung des Lebensunterhaltes werden keine regelmäßigen Aufwendungen abgezogen (vgl § 11 Abs 5 NAG idF BGBl I 100/2005)⁴¹ oder es sind – sofern dies günstiger ist – die Sozialhilferichtsätze der Länder statt den Richtsätzen des ASVG heranzuziehen (vgl § 10 Abs 2 Z 2 FrG 1997)⁴². Ein Nachweis über einfache Deutschkenntnisse („Deutsch vor Zuzug“) ist ebenfalls nicht vorzulegen.⁴³

Der VwGH hat aufgrund der fortentwickelten Judikatur des EuGH zur Stillhalteklausele auch seine eigene Judikatur geändert. So urteilte er kürzlich – in Abkehr der bisherigen Rechtsprechung – unter Heranziehung des Rechtfertigungsgrundes einer „erfolgreichen Integration“ von Drittstaatsangehörigen als zwingenden Grund des Allgemeininteresses, dass das Erlöschen eines unbefristeten Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt – EU“ gemäß § 20 Abs 4 NAG gerechtfertigt sei. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der vereinfachten Möglichkeit der Wiedererlangung eines unbefristeten Aufenthaltstitels sei dies zudem verhältnismäßig (vgl § 41a Abs 6 NAG und § 45 Abs 9 NAG in Umsetzung von Art 9 Abs 5 Richtlinie 2003/109/EG).⁴⁴

Auch die Schranke des Art 59 ZP wandte der VwGH an, um keine Besserstellung türkischer Staatsangehöriger gegenüber Unionsbürgern zu erzeugen. Dabei haben türkische Kinder mit Erwerbsabsicht, die älter als 21 Jahre sind und zu ihrem österreichischen Elternteil zuziehen wollen, jene Unterhaltsvoraussetzungen zu erfüllen, die nach der Richtlinie 2004/38/EG auch für Unionsbürger gelten (Unterhaltgewährung im Zeitpunkt der Antragstellung im Herkunftsstaat).⁴⁵

³⁹ EuGH 12.4.2016, C-561/14, *Genc*.

⁴⁰ Vgl § 12 IPRG iVm § 9 IPRG und § 20 Abs 2 FrG 1997 iVm § 21 Abs 2 ABGB idF BGBl. Nr. 108/1973.

⁴¹ VwGH 2.10.2012, 2011/21/0231 mit Verweis auf VwGH 3.4.2009, 2008/22/0711; VwGH 31.1.2019, Ra 2018/22/0193.

⁴² VwGH 28.7.2022, Ra 2018/22/0294.

⁴³ VwGH 25.4.2019, Ra 2018/22/0289.

⁴⁴ VwGH 18.11.2021, Ro 2020/22/0015.

⁴⁵ VwGH 23.3.2021, Ro 2019/22/0007 mit Verweis auf EuGH 16.1.2014, C-423/12, *Reyes*.

Türkische Staatsangehörige, die bereits Rechte nach Art 6 ARB 1/80 erworben haben, haben keinen Anspruch auf Erteilung einer „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“, die einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang ermöglicht.⁴⁶ Denn die innerstaatliche Umsetzung des Art 6 ARB 1/80 und Art 7 ARB 1/80 erfolgte durch § 4c AuslBG.⁴⁷ Demnach ist vom Arbeitsmarktservice von Amts wegen eine Beschäftigungsbewilligung oder ein Befreiungsschein auszustellen (mit jeweils deklaratorischer Bedeutung und Beweisfunktion).⁴⁸ Die Niederlassungsbehörde ist an deren Ausstellung bei der Prüfung des Aufenthaltsrechtes jedoch rechtlich nicht gebunden.⁴⁹ Türkische Staatsangehörige, die Rechte nach Art 6 dritter Spiegelstrich ARB 1/80 erworben haben, können nach einer fünfjährigen ununterbrochenen Niederlassung im Bundesgebiet einen „Daueraufenthalt-EU“ gemäß § 45 NAG beantragen und dadurch ihre rechtliche Position in Österreich langfristig absichern.⁵⁰

Spätestens seit der österreichischen EuGH-Rechtssache *Dereci*⁵¹ Ende 2011 ist das Assoziationsrecht auch in der österreichischen Vollzugspraxis angekommen und die Vielzahl an höchstgerichtlichen Entscheidungen zeigt, dass insbesondere aufgrund der Komplexität dieses Rechtsgebietes – bedingt durch die zahlreichen Novellen im Bereich des Fremdenrechtes und der Ermittlung der günstigsten Rechtslage ab 1.1.1995 – stets neue Fragen zu klären sind. Dabei ist es wenig hilfreich, dass im NAG keine Sonderbestimmungen für türkische Staatsangehörige normiert sind, die ihre besondere begünstigte Rechtsstellung abbilden.

2. Forschungsfrage und Zielsetzung

Nach der Aufbereitung der Rechtsprechung des EuGH zu den für das Aufenthaltsrecht einschlägigen Bestimmungen (Stillhalteklauseln des Art 41 ZP und Art 13 ARB 1/80 bzw Art 6 ARB 1/80 und Art 7 ARB 1/80) sowie der Analyse bzw Kontextualisierung der nationalen Rechtsprechung zum NAG in diesem Bereich wird das NAG auf seine Unionsrechtskonformität geprüft werden. Dabei stellt sich die Frage, ob es unionsrechtskonform ist, dass der österreichische Gesetzgeber im gesamten NAG keinen einzigen Hinweis auf die besondere begünstigte Rechtsstellung von türkischen Staatsangehörigen gegenüber anderen

⁴⁶ VwGH 9.8.2018, Ro 2017/22/0015; VwGH 6.9.2018, Ro 2018/22/0008; VwGH 17.6.2019, Ro 2019/22/0001.

⁴⁷ Bundesgesetz vom 20.3.1975, mit dem die Beschäftigung von Ausländern geregelt wird (Ausländerbeschäftigungsgesetz – AuslBG), BGBl 218/1975 idF BGBl I 168/2022.

⁴⁸ VwGH 24.3.2022, Ro 2021/22/0002.

⁴⁹ VwGH 23.1.2020, Ra 2019/22/0154-0155; VwGH 27.9.2022, Ro 2020/22/0013.

⁵⁰ VwGH 8.7.2020, Ro 2020/22/0004; VwGH 25.11.2020, Ro 2020/22/0003 – dies muss auch sinngemäß für Art 7 Satz 1 zweiter Spiegelstrich und Satz 2 ARB 1/80 gelten; verneinend bzgl Art 6 erster und zweiter Spiegelstrich ARB 1/80 VwGH 23.1.2020, Ro 2019/22/0009 und VwGH 22.5.2020, Ro 2020/22/0001.

⁵¹ EuGH 15.11.2011, C-256/11, *Dereci*.

Drittstaatsangehörigen vorgenommen hat.⁵² Es gibt dazu lediglich interne Rundschreiben (Erlässe) des Bundesministeriums für Inneres für die Verwaltungsbehörden als Vollzugshilfe.⁵³ Außerhalb des NAG sieht nur § 4c AuslBG für bereits erworbene Rechte nach Art 6 und Art 7 ARB 1/80 eine innerstaatliche Umsetzung vor.

Das Fehlen einer gesetzlichen Rechtsgrundlage im NAG – insbesondere mit Hinblick auf die Stillhalteklauseln – erscheint insofern problematisch zu sein, als ministerielle Rundschreiben keine geeigneten Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Unionsrecht darstellen.⁵⁴ Eine bloße Verwaltungspraxis, die die Verwaltung beliebig ändern kann und die für den Rechtsunterworfenen nur unzureichend bekannt ist, kann nicht als eine rechtswirksame Erfüllung der Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag angesehen werden. Die Unvereinbarkeit von nationalem Recht mit dem EWG-Vertrag lässt sich – auch soweit dieser unmittelbar anwendbar ist – letztlich nur mit Hilfe verbindlichen innerstaatlichen Rechts (Gesetzen)⁵⁵ ausräumen, das denselben Rang hat wie die zu ändernden Bestimmungen.⁵⁶

Dies veranlasste auch die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten. Die Sache wurde 2015 beim EuGH eingereicht, jedoch aufgrund der Klagszurückziehung nicht zu Ende geführt, sodass ein Urteil des EuGH ausständig blieb.⁵⁷

3. Forschungsstand

Trotz der umfangreichen Judikatur des EuGH zum Assoziationsrechtes mit der Türkei und der großen praktischen Relevanz für den innerstaatlichen Vollzug (dies zeigt sich auch an der Rechtsprechung des VwGH aus den letzten Jahren, siehe das vorläufige Literaturverzeichnis)

⁵² Im Unterschied dazu noch § 30 Abs 3 FrG 1997; siehe auch § 4 des deutschen Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).
⁵³ Rundschreiben des BMI vom 6.6.2008, BMI-FW1710/0034-III/4/2008; Rundschreiben des BMI vom 20.12.2011, BMI-FW1710/0070-III/4/2011; Rundschreiben des BMI vom 30.4.2012, BMI-FW1710/0037-III/4/2012 (inkl 2 Beilagen); Rundschreiben des BMI vom 27.9.2012, BMI-FW1710/0067-III/4/2012; Rundschreiben des BMI vom 15.1.2013, BMI-FW1710/0073-III/4/2012; Rundschreiben des BMI vom 4.3.2014, BMI-FW1710/0008-III/4/2014; Rundschreiben des BMI vom 8.5.2014, BMI-FW1710/0020-III/4/2014; Rundschreiben des BMI vom 29.4.2016, BMI-FW1710/0049-III/4/2016; Rundschreiben des BMI vom 29.3.2017, BMI-FW1710/0025-III/4/2017; Rundschreiben des BMI vom 31.10.2018, BMI-FW1710/0043-III/4/2018; Rundschreiben des BMI vom 3.7.2019, BMI-FW1710/0035-V/2/2019; Rundschreiben des BMI vom 17.8.2020, 2020-0.502.926; Rundschreiben des BMI vom 4.5.2021, 2021-0.309.486; Rundschreiben des BMI vom 13.1.2022, 2021-0.903.221.

⁵⁴ EuGH 7.3.1996, C-334/94, *Kommission/Frankreich*.

⁵⁵ VfGH 16.6.1998, V 6/98, V 7/98, V 8/98.

⁵⁶ EuGH 4.4.1974, C-167/73, *Kommission/Frankreich*; EuGH 15.10.1986, C-168/85, *Kommission/Italien*; EuGH 2.6.2005, C-136/03, *Dörr und Ünal* Rz 52; siehe auch *Peyrl*, Zuwanderung und Zugang zum Arbeitsmarkt von Drittstaatsangehörigen in Österreich (2018) 338-339.

⁵⁷ Mit Gründen versehene Stellungnahme, KOM (2014) 2390 endg; wurde beim EuGH registriert unter C-1/15, *Kommission/Österreich* und im Juli 2016 zurückgezogen.

gibt es – soweit ersichtlich – keine aktuelle umfassende wissenschaftliche Aufbereitung dieses Themas. Seit dem Werk „Das Assoziationsabkommen EWG – Türkei“ von *Akyürek*⁵⁸ aus dem Jahr 2005 wurde dem Assoziationsrecht in Österreich keine tiefgehendere Aufmerksamkeit geschenkt. Da sich seine Arbeit nur auf das FrG 1997 bezieht, soll diese Dissertation erstmals die aufenthaltsrechtlichen Implikationen für das NAG (seit 1.1.2006 in Kraft) aufzeigen und analysieren.

4. Vorgehensweise

Zur Sammlung und Aufbereitung des Materials werden die geläufigen juristischen Arbeitsmethoden angewandt. Als Literaturquellen werden neben den einschlägigen Rechtsvorschriften Kommentare, Bücher, Monographien, Aufsätze in juristischen Fachzeitschriften und die Rechtsprechung des EuGH und der nationalen Gerichte (insbesondere VwGH und Verwaltungsgerichte) herangezogen. Die Recherche erfolgt insbesondere in juristischen Datenbanken und Fachbibliotheken sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache.

Anschließend wird das gesammelte Material in eine systematische Ordnung gebracht und – unter Anwendung der gängigen juristischen Interpretationsmethoden – analysiert. Die Interpretation der anzuwendenden Rechtsnormen soll nach Maßgabe der aktuellen einschlägigen Literatur zur juristischen Methodenlehre erfolgen.⁵⁹ Die in Judikatur und Lehre vertretenen Auffassungen sollen jeweils systematisch dargestellt und kritisch analysiert werden. Daran anknüpfend sollen selbstständige Erörterungen, mögliche Lösungsansätze und mein eigener Standpunkt beschrieben werden.

Die Dissertation soll erstens eine aktuelle systematische Analyse der umfassenden Judikatur des EuGH zum Assoziationsrecht mit der Türkei liefern, wobei der Fokus auf die für das Aufenthaltsrecht einschlägigen Bestimmungen (Stilhalteklauseln des Art 41 ZP und Art 13 ARB 1/80 bzw Art 6 ARB 1/80 und Art 7 ARB 1/80) gelegt wird. Zweitens soll diese EuGH Rechtsprechung erstmals in den Kontext zum NAG gestellt werden.

⁵⁸ *Akyürek*, Das Assoziationsabkommen EWG – Türkei.

⁵⁹ *Kerschner*, Wissenschaftliche Arbeitstechnik und Methodenlehre für Juristen⁶ (2014); *Zippelius*, Juristische Methodenlehre¹² (2021).

5. Vorläufiger Zeitplan

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass ich mein Doktoratsstudium noch im alten Studienplan begonnen habe und bereits alle erforderlichen Lehrveranstaltungen im Fach Europarecht absolviert habe (dies wurde mir auch zwecks Anrechnung am 16.5.2022 durch das StudienServiceCenter bestätigt; vgl. Sammelzeugnis).

Daraus ergibt sich folgender verbleibender Zeitplan:

WS 2022/23

- Seminar für die Vorstellung des Dissertationsvorhabens
- Recherche und Verfassen des Exposés

SS 2023

- Verfassen der Dissertation

WS 2023/24

- Verfassen der Dissertation
- Abgabe der Dissertation

SS 2024

- Einreichung der Dissertation, Defensio

6. Vorläufige Gliederung

1. Einleitung
2. Arten von Assoziierung
3. Rechtsquellen des Assoziationsrechtes mit der Türkei im Überblick
 - 3.1 Stillhalteklausele nach Art 41 ZP
 - 3.2 Stillhalteklausele nach Art 13 ARB 1/80
 - 3.3 Schranken für die Stillhalteklausele
 - 3.4 Art 6 ARB 1/80
 - 3.4.1 Arbeitnehmereigenschaft
 - 3.4.2 Ordnungsgemäße Beschäftigung
 - 3.4.3 Zugehörigkeit zum regulären Arbeitsmarkt
 - 3.4.4 Art 6 Abs 2 ARB 1/80
 - 3.4.5 Verlust der Rechte
 - 3.5 Art 7 ARB 1/80
 - 3.5.1 Art 7 Satz 1 ARB 1/80
 - 3.5.2 Art 7 Satz 2 ARB 1/80
 - 3.5.3 Verlust der Rechte
4. Aufenthaltsrechtliche Implikationen für das NAG
 - 4.1 Familienzusammenführung
 - 4.1.1 Türkischer Staatsangehöriger zu Österreicher
 - 4.1.2 Türkischer Staatsangehöriger/Drittstaatsangehöriger zu türkischem Staatsangehörigen/Drittstaatsangehörigen
 - 4.2 Erworbene Rechte nach Art 6 ARB 1/80
 - 4.3 Erworbene Rechte nach Art 7 ARB 1/80
 - 4.4 Bestimmte Aufenthaltszwecke
 - 4.5 Verlust von erworbenen Rechtspositionen
5. Unionsrechtskonformität des NAG?
6. Conclusio
7. Literaturverzeichnis

7. Vorläufiges Literaturverzeichnis

5.1 Völkerrechtliche/europarechtliche Rechtsquellen

Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei, ABl 1964/217, 3687

Zusatzprotokoll, ABl L 1972/293, 0004

Beschluss 1/80 des Assoziationsrates vom 19.9.1980 über die Entwicklung der Assoziation, im Amtsblatt der EU nicht veröffentlicht worden

Daueraufenthalt-EU-Richtlinie 2003/109/EG ABl L 2004/16, 44

Unionsbürgerrichtlinie 2004/38/EG ABl L 2004/158, 77

Guidlines on the Movement of Turkish Nationals crossing the external borders of EU Member States in order to provide services within the EU, KOM (2009) 7376 endg (Annex 6)

Empfehlung der Kommission vom 14.12.2012 zur Änderung der Empfehlung über einen gemeinsamen „Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)“, der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist, KOM (2012) 9330 endg

Mit Gründen versehene Stellungnahme, KOM (2014) 2390 endg

5.2 Nationale Rechtsvorschriften

Bundesgesetz vom 20.3.1975, mit dem die Beschäftigung von Ausländern geregelt wird (Ausländerbeschäftigungsgesetz – AuslBG), BGBl 218/1975 idF BGBl I 168/2022

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997 – FrG), BGBl I 75/1997

Bundesgesetz über die Niederlassung und den Aufenthalt in Österreich (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz – NAG), BGBl I 100/2005 idF BGBl I 221/2022

5.3 Bücher/Kommentare

Abermann/Czech/Kind/Peyrl, NAG inkl Integrationsgesetz² (2019)

Akyürek, Das Assoziationsabkommen EWG – Türkei (2005)

Calliess/Ruffert, EUV/AEUV⁶ (2022)

Decker/Bader/Kothe, Migrations- und Integrationsrecht¹¹ (Stand 15.4.2022, BeckOK)

Groenendijk/Hoffmann/Luiten, Das Assoziationsrecht EWG/Türkei (2013)

Kind, AuslBG Ausländerbeschäftigungsgesetz (2018)

Kluth/Heusch, Ausländerrecht² (2020)

Mayr, Arbeitsrecht AuslBG (Stand 1.2.2018, rdb.at)

Muzak/Taucher/Aigner/Lobner, Fremdenrecht³ (1999)

Peyrl/Neugschwendtner/Schmaus, Fremdenrecht⁶ (2017)

Peyrl, Zuwanderung und Zugang zum Arbeitsmarkt von Drittstaatsangehörigen in Österreich (2018)

Sözen, Die Assoziierung zur EU und Migrationspolitiken unter besonderer Berücksichtigung der mediterranen Drittstaaten (2021)

5.4 Beiträge/Artikel

Beqiraj/Ippolito, Conceptualizing an 'Association Citizenship' for Children of Turkish Workers, in *Thym/Zoetewij-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 277

Brehm/Sahinol, Dienstleistungsfreiheit und Assoziierungsabkommen EWG-Türkei – Zusatzprotokoll – Art 41 Abs 1 – Stillhalteklausele – Visumpflicht für die Einreise in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, *migraLex* 2013, 86

Dienelt, Auswirkungen der Soysal-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auf das Visumverfahren türkischer Staatsangehöriger, *ZAR* 2009, 182

Farahat, Von der Stillhalteklausele zur „zeitlichen Meistbegünstigung“ im Assoziationsrecht mit der Türkei, *NVwZ* 2011, 343

Fehrenbacher, Einreise und Aufenthalt von türkischen Staatsangehörigen unter besonderer Berücksichtigung des Assoziationsratsbeschlusses 1/80 (ARB 1/80), *ZAR* 2008, 335

Gerhartl, Auswirkungen der aktuellen EuGH- und VwGH-Judikatur, *ASoK* 2012, 215

Gerhartl, Klarstellungen durch ein BMI-Rundschreiben, *ASoK* 2012, 460

Groenendijk, The Court of Justice and the Development of EEC-Turkey Association Law in *Thym/Zoetewey-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 39

Gutmann, Standstill als neue Form der Bewegung in der Assoziation EWG – Türkei, ZAR 2008, 5

Gutmann, Rückschritt statt Standstill, NVwZ 2015, 345

Hamenstädt, The Protection of Turkish Citizens Against Expulsion – This Far and No Further? The Impact of the *Ziebell* Case, GLJ 2013, 239

Hailbronner, Visafreiheit für türkische Staatsangehörige? Zum Soysal-Urteil des EuGH, NVwZ 2009, 760

Hailbronner, Einreise und Aufenthalt türkischer Staatsangehöriger im Assoziationsrecht EWG-Türkei – Anmerkungen zur Rechtsprechung des EuGH, ZAR 2011, 322

Hailbronner, The Standstill Clauses in the EU-Turkey Association Agreement and Their Impact upon Immigration Law in the EU Member States, in *Thym/Zoetewey-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 186

Hatzopoulos, Turkish service recipients under the EU-Turkey Association Agreement: *Demirkan*, CML Rev 2014, 647

Hedemann-Robinson, An Overview of Recent Legal Developments at Community Level in Relation to Third Country Nationals Resident within the European Union, with Particular Reference to the Case Law of the European Court of Justice, CML Rev 2001, 525

Karayigit, Vive la Clause de Standstill: The Issue of First Admission of Turkish Nationals into the Territory of a Member State within the Context of Economic Freedoms, EJML 2011, 411

Kurzidem, Das assoziationsrechtliche Aufenthaltsrecht türkischer Staatsangehöriger im Spiegel der neueren Rechtsprechung, ZAR 2010, 121

Mallmann, Neuere Rechtsprechung zum assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrecht türkischer Familienangehöriger, ZAR 2006, 50

Martin, The Privileged Treatment of Turkish Nationals, in *Guild/Minderhoud* (Hrsg), The First Decade of EU Migration and Asylum Law (2011) 75

Mendez, The enforcement of EU agreements: Bolstering the effectiveness of treaty law? CML Rev 2010, 1719

Nachbaur, Türkische Arbeitnehmer in der EU – Drittstaatsangehörige Unionsbürger? Die Eroglu-Entscheidung des EuGH, NVwZ 1995, 344

Ott, The Savas Case – Analogies between Turkish Self-Employed and Workers? EJML 2000, 445

Peers, EU Migration Law and the EU/Turkey Association Agreement, in *Thym/Zoeteweij-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 202

Rieser-Angulo García, Assoziationsabkommen der Europäischen Union. Überblick über die Auswirkungen auf das Fremdenrecht der Mitgliedstaaten anhand des EWG-Türkei-Abkommens, SIAK-Journal 2012, 4

Rihs, Unionsbürgerschaft; Aufenthaltsrecht der Angehörigen von Drittstaaten, die Familienangehörigen von Unionsbürgern sind; Assoziierungsabkommen EWG-Türkei (Stillhalteklause), migraLex 2012, 30

Rihs, Aufenthaltsrecht von nicht-freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern; Unanwendbarkeit von Verschärfungen des NAG gegenüber dem FrG 1997 hinsichtlich türkischer Staatsangehöriger iSd Assoziierungsabkommens Türkei-EU, migraLex 2012, 63

Rihs und Sahinol, Ausnahmen von der Visumpflicht für türkische Staatsangehörige in der EU, migraLex 2013, 21

Rumpf, Wann erlischt das Aufenthaltsrecht nach Art. 6 I des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrechtes EWG-Türkei? NVwZ 1994, 1189

Schmitt, (Un-)Vereinbarkeit von Sprachnachweis und Stillhalteklause, migraLex 2015, 58

Schrauwen/Vandamme, Towards a Citizenship of the Association? in *Guild/Rotaèche/Kostakopoulou* (Hrsg), The Reconceptualization of European Union Citizenship (2014) 89

Tezcan-Idriz, Free Movement of Persons between Turkey and the EU: To Move or not to Move? The Response of the Judiciary, CML Rev 2009, 1621

Tezcan-Idriz, Family reunification under the standstill clauses of EU-Turkey Association law: *Genç*, CML Rev 2017, 263

Thym, Sprachkenntnisse und Ehegattennachzug: Bewegung beim Stillstand für türkische Staatsangehörige, ZAR 2014, 301

Thym, Constitutional Foundations of the Judgments on the EEC-Turkey Association Agreement in *Thym/Zoeteweyj-Turhan* (Hrsg), Rights of Third-Country Nationals under EU Association Agreements (2015) 13

Topal-Gökceli/Candan, Verreisen ohne Visum? – Zur Visumspflicht für türkische Staatsangehörige, ZfRV 2019, 4

Van der Mei, The *Bozkurt*-Interpretation Rule and the Legal Status of Family Members of Turkish Workers under Decision 1/80 of the EEC-Turkey Association Council, EJML 2009, 367

Weber, Die Rechte erwerbsunfähiger türkischer Arbeitnehmer nach dem Assoziationsratsbeschluss EWG-Türkei Nr. 1/80, NVwZ 1995, 1080

Wiesbrock, Political Reluctance and Judicial Activism in the Area of Free Movement of Persons: The Court as the Motor of EU-Turkey Relations? ELJ 2013, 422

Zeran, Aktuelle Entwicklungen im Assoziationsrecht EWG/Türkei, Asylmagazin 2010, 363

5.5 Erlässe

Rundschreiben des BMI vom 6.6.2008, BMI-FW1710/0034-III/4/2008

Rundschreiben des BMI vom 20.12.2011, BMI-FW1710/0070-III/4/2011

Rundschreiben des BMI vom 30.4.2012, BMI-FW1710/0037-III/4/2012

Rundschreiben des BMI vom 27.9.2012, BMI-FW1710/0067-III/4/2012

Rundschreiben des BMI vom 15.1.2013, BMI-FW1710/0073-III/4/2012

Rundschreiben des BMI vom 4.3.2014, BMI-FW1710/0008-III/4/2014

Rundschreiben des BMI vom 8.5.2014, BMI-FW1710/0020-III/4/2014

Rundschreiben des BMI vom 29.4.2016, BMI-FW1710/0049-III/4/2016

Rundschreiben des BMI vom 29.3.2017, BMI-FW1710/0025-III/4/2017

Rundschreiben des BMI vom 31.10.2018, BMI-FW1710/0043-III/4/2018

Rundschreiben des BMI vom 3.7.2019, BMI-FW1710/0035-V/2/2019

Rundschreiben des BMI vom 17.8.2020, 2020-0.502.926

Rundschreiben des BMI vom 4.5.2021, 2021-0.309.486

Rundschreiben des BMI vom 13.1.2022, 2021-0.903.221

5.6 Rechtsprechung

EuGH

EuGH 4.4.1974, C-167/73, *Kommission/Frankreich*

EuGH 9.2.1982, C-270/80, *Polydor*

EuGH 3.7.1986, C-66/85, *Lawrie-Blum*

EuGH 15.10.1986, C-168/85, *Kommission/Italien*

EuGH 30.9.1987, C-12/86, *Demirel*

EuGH 20.9.1990, C-192/89, *Sevince*

EuGH 26.2.1991, C-292/89, *Antonissen*

EuGH 26.2.1992, C-357/89, *Raulin*

EuGH 16.12.1992, C-237/91, *Kus*

EuGH 5.10.1994, C-355/93, *Eroglu*

EuGH 6.6.1995, C-434/93, *Bozkurt*

EuGH 7.3.1996, C-334/94, *Kommission/Frankreich*

EuGH 27.6.1996, C-107/94, *Asscher*

EuGH 23.1.1997, C-171/95, *Tetik*

EuGH 17.4.1997, C-351/95, *Kadiman*

EuGH 29.5.1997, C-386/95, *Eker*

EuGH 5.6.1997, C-285/95, *Kol*

EuGH 30.9.1997, C-36/96, *Günaydin*

EuGH 30.9.1997, C-98/96, *Ertanir*

EuGH 19.11.1998, C-210/97, *Akman*

EuGH 26.11.1998, C-1/97, *Birden*

EuGH 11.2.2000, C-340/97, *Nazli*

EuGH 16.3.2000, C-329/97, *Ergat*

EuGH 11.5.2000, C-37/98, *Savas*

EuGH 22.6.2000, C-65/98, *Eyüp*

EuGH 19.11.2002, C-188/00, *Kurz*
EuGH 21.10.2003, C-317/01, C-369/01, *Abatay und Sahin*
EuGH 30.9.2004, C-275/02, *Ayaz*
EuGH 11.11.2004, C-467/02, *Cetinkaya*
EuGH 2.6.2005, C-136/03, *Dörr und Ünal*
EuGH 7.7.2005, C-373/03, *Aydinli*
EuGH 7.7.2005, C-383/03, *Dogan*
EuGH 10.1.2006, C-230/03, *Sedef*
EuGH 16.2.2006, C-502/04, *Torun*
EuGH 26.10.2006, C-4/05, *Güzeli*
EuGH 18.7.2007, C-325/05, *Derin*
EuGH 20.9.2007, C-16/05, *Tum und Dari*
EuGH 4.10.2007, C-349/06, *Polat*
EuGH 24.1.2008, C-294/06, *Payir*
EuGH 25.9.2008, C-453/07, *Er*
EuGH 18.12.2008, C-337/07, *Altun*
EuGH 19.2.2009, C-228/06, *Soysal*
EuGH 17.9.2009, C-242/06, *Sahin*
EuGH 21.1.2010, C-462/08, *Bekleyen*
EuGH 4.2.2010, C-14/09, *Genc*
EuGH 29.4.2010, C-92/07, *Kommission/Niederlande*
EuGH 9.12.2010, C-300/09, C-301/09, *Toprak und Oguz*
EuGH 22.12.2010, C-303/08, *Bozkurt*
EuGH 26.5.2011, C-485/07, *Akdas*
EuGH 16.6.2011, C-484/07, *Pehlivan*
EuGH 21.7.2011, C-186/10, *Oguz*
EuGH 29.9.2011, C-187/10, *Unal*
EuGH 15.11.2011, C-256/11, *Dereci*
EuGH 8.12.2011, C-371/08, *Ziebell*
EuGH 29.3.2012, C-7/10, C-9/10, *Kahveci und Inan*
EuGH 19.7.2012, C-451/11, *Dülger*
EuGH 8.11.2012, C-268/11, *Gülbahce*
EuGH 24.9.2013, C-221/11, *Demirkan*
EuGH 7.11.2013, C-225/12, *Demir*

EuGH 16.1.2014, C-423/12, *Reyes*
EuGH 10.7.2014, C-138/13, *Dogan*
EuGH 11.9.2014, C-91/13, *Essent Energie Productie BV*
EuGH 12.4.2016, C-561/14, *Genc*
EuGH 21.12.2016, C-508/15, C-509/15, *Ucar und Kilic*
EuGH 29.3.2017, C-652/15, *Tekdemir*
EuGH 7.8.2018, C-123/17, *Yön*
EuGH 3.10.2019, C-70/18, *A, B und P*
EuGH 10.7.2019, C-89/18, *A*
EuGH 21.10.2020, C-720/19, *GR*
EuGH 2.9.2021, C-379/20, *B*
EuGH 22.12.2022, C-279/21, *X*

VfGH

VfGH 16.6.1998, V 6/98, V 7/98, V 8/98
VfGH 28.11.2019, E 3122/2019

VwGH

VwGH 25.6.1996, 96/09/0088
VwGH 1.10.1997, 97/09/0131
VwGH 19.11.1997, 97/09/0261
VwGH 16.12.1997, 97/09/0099
VwGH 18.12.1997, 97/09/0152
VwGH 15.4.1998, 96/09/0383
VwGH 15.4.1998, 98/09/0044
VwGH 20.5.1998, 97/09/0009
VwGH 20.5.1998, 96/09/0297
VwGH 1.7.1998, 98/09/0095
VwGH 5.8.1998, 97/21/0480
VwGH 29.9.1998, 97/09/0233
VwGH 29.9.1998, 97/09/0255
VwGH 20.10.1998, 98/08/0130

VwGH 21.10.1998, 97/09/0157
VwGH 6.11.1998, 96/21/0806
VwGH 17.12.1998, 98/09/0319
VwGH 7.7.1999, 97/09/0308
VwGH 27.10.1999, 97/09/0012
VwGH 27.10.1999, 97/09/0361
VwGH 15.12.1999, 97/09/0330
VwGH 15.3.2000, 97/09/0341
VwGH 7.4.2000, 99/19/0210
VwGH 31.5.2000, 97/18/0104
VwGH 28.9.2000, 99/09/0086
VwGH 21.2.2001, 98/09/0228
VwGH 28.2.2002, 2000/09/0123
VwGH 1.6.2001, 2001/19/0035
VwGH 28.2.2002, 99/09/0100
VwGH 28.2.2002, 99/09/0128
VwGH 28.2.2002, 99/09/0179
VwGH 18.4.2002, 99/09/0157
VwGH 23.5.2002, 2000/09/0212
VwGH 30.1.2003, 99/21/0263
VwGH 27.3.2003, 2000/09/0181
VwGH 27.3.2003, 2001/09/0218
VwGH 20.11.2003, 2001/09/0239
VwGH 29.4.2004, 2001/09/0104
VwGH 28.10.2004, 2001/09/0058
VwGH 30.11.2004, 2004/18/0358
VwGH 15.12.2004, 2001/09/0034
VwGH 27.6.2005, 2006/18/0158
VwGH 15.3.2006, 2005/18/0589
VwGH 26.4.2006, 2004/08/0103
VwGH 14.12.2006, 2004/18/0148
VwGH 16.1.2007, 2006/18/0402
VwGH 22.2.2007, 2005/09/0096
VwGH 3.7.2007, 2007/18/0270

VwGH 18.10.2007, 2006/09/0032
VwGH 3.7.2008, 2008/18/0363
VwGH 28.8.2008, 2008/22/0271
VwGH 16.10.2008, 2006/09/0208
VwGH 3.4.2009, 2008/22/0711
VwGH 10.11.2009, 2008/22/0687
VwGH 25.2.2010, 2007/21/0429
VwGH 24.6.2010, 2007/21/0531
VwGH 2.7.2010, 2009/09/0008
VwGH 24.3.2011, 2009/09/0040
VwGH 13.12.2011, 2008/22/0180
VwGH 13.12.2011, 2008/22/0180
VwGH 15.12.2011, 2007/18/0430
VwGH 19.1.2012, 2011/22/0313
VwGH 19.1.2012, 2008/22/0837
VwGH 29.2.2012, 2008/21/0202
VwGH 19.4.2012, 2008/18/0202
VwGH 23.5.2012, 2008/22/0354
VwGH 23.5.2012, 2011/22/0216
VwGH 26.6.2012, 2010/09/0234
VwGH 2.10.2012, 2011/21/0231
VwGH 18.10.2012, 2008/22/0468
VwGH 13.11.2012, 2008/22/0844
VwGH 18.12.2012, 2010/09/0185
VwGH 10.12.2013, 2011/22/0289
VwGH 7.5.2014, 2013/22/0137
VwGH 19.5.2014, Ro 2014/09/0016
VwGH 26.6.2014, Ro 2014/21/0024
VwGH 24.3.2015, Ro 2014/09/0057
VwGH 23.6.2015, Ro 2014/22/0038
VwGH 16.9.2015, Ra 2015/22/0092
VwGH 15.10.2015, Ra 2015/21/0117
VwGH 20.7.2016, Ro 2015/22/0031
VwGH 18.1.2017, Ra 2016/22/0021

VwGH 21.2.2017, Ra 2016/22/0080
VwGH 21.2.2017, Ra 2016/22/0085
VwGH 27.4.2017, Ra 2017/22/0036
VwGH 24.5.2017, Ra 2017/09/0014
VwGH 31.5.2017, Ra 2016/22/0089
VwGH 23.11.2017, Ra 2016/22/0099
VwGH 18.4.2018, Ra 2018/22/0004
VwGH 9.8.2018, Ro 2017/22/0015
VwGH 9.8.2018, Ra 2017/22/0111
VwGH 6.9.2018, Ro 2018/22/0008
VwGH 4.10.2018, Ra 2018/22/0038
VwGH 31.1.2019, Ra 2018/22/0193
VwGH 28.2.2019, Ra 2018/22/0100
VwGH 4.4.2019, Ra 2019/21/0009
VwGH 25.4.2019, Ra 2018/22/0043
VwGH 25.4.2019, Ra 2018/22/0289
VwGH 17.6.2019, Ro 2019/22/0001
VwGH 23.1.2020, Ro 2019/22/0009
VwGH 23.1.2020, Ra 2019/22/0154-0155
VwGH 18.2.2020, Ra 2017/22/0123
VwGH 27.2.2020, Ra 2017/22/0040
VwGH 11.3.2020, Ra 2017/22/0139
VwGH 22.5.2020, Ro 2020/22/0001
VwGH 29.6.2020, Ra 2020/22/0045
VwGH 8.7.2020, Ro 2020/22/0004
VwGH 4.11.2020, Ro 2017/22/0010
VwGH 25.11.2020, Ro 2020/22/0003
VwGH 19.12.2020, Ra 2020/22/0239
VwGH 23.2.2021, Ro 2020/22/0007
VwGH 25.2.2021, Ra 2018/22/0072
VwGH 23.3.2021, Ro 2019/22/0007
VwGH 20.4.2021, Ra 2020/21/0505
VwGH 25.5.2021, Ra 2020/22/0137
VwGH 9.7.2021, Ra 2021/22/0120

VwGH 23.7.2021, Ra 2021/22/0055
VwGH 9.9.2021, Ra 2020/22/0100
VwGH 7.10.2021, Ra 2020/21/0363
VwGH 19.10.2021, Ra 2020/22/0160
VwGH 18.11.2021, Ro 2020/22/0015
VwGH 9.3.2022, Ra 2019/09/0127
VwGH 24.3.2022, Ro 2021/22/0002
VwGH 20.6.2022, Ra 2022/19/0109
VwGH 28.7.2022, Ra 2018/22/0294
VwGH 27.9.2022, Ro 2020/22/0013

Verwaltungsgerichte

Landesverwaltungsgericht Tirol 11.8.2015, LVwG-2014/17/0437-14
Landesverwaltungsgericht Niederösterreich 20.10.2016, LVwG-AV-1253/001-2015
Verwaltungsgericht Wien 21.10.2016, VGW-151/016/6711/2016
Landesverwaltungsgericht Niederösterreich 22.11.2016, LVwG-AV-1107/001-2015
Landesverwaltungsgericht Niederösterreich 24.10.2017, LVwG-AV-951/001-2016
Verwaltungsgericht Wien 22.6.2018, VGW-151/016/3846/2018
Verwaltungsgericht Wien 1.7.2019, VGW-151/007/5395/2019
Verwaltungsgericht Wien 6.2.2020, VGW-151/059/510/2020
Verwaltungsgericht Wien 10.11.2021, VGW-151/049/7366/2021

5.7 Onlinequellen

Beschluss 1/80 des Assoziationsrates vom 19.9.1980 über die Entwicklung der Assoziation, im Amtsblatt der EU nicht veröffentlicht worden, abrufbar in Deutsch unter <https://www.migrationsrecht.net/arb-1/80-nur-deutsche-fassung.html?catid=120> (abgefragt am 20.1.2023)

Niederlassungs- und Aufenthaltsstatistik des Bundesministeriums für Inneres für das Jahr 2021, https://bmi.gv.at/312/statistiken/files/nag_jahr/Niederlassungs-_und_Aufenthaltsstatistik_Jahresstatistik_2021.pdf (abgefragt am 20.1.2023).

Nolte, Freizügigkeit nach dem Assoziationsvertrag EWG-Türkei: Auslegungskompetenz, unmittelbare Anwendbarkeit und Familiennachzug. Anmerkungen zum Urteil des EuGH in der

Rechtssache 12/86 Demirel gegen Stadt Schwäbisch Gmünd
https://www.zaoerv.de/47_1987/47_1987_4_t_755_777.pdf (abgefragt am 20.1.2023)